



Trump... und wie ihn die Welt sieht

Reaktionen aus den Weltregionen zum 45. Präsidenten der USA

Thomas Birringer, Rabea Brauer, Dr. Lars Hänsel, Andrea E. Ostheimer, Frank Priess, Markus Rosenberger

Zum Mitnehmen

- Die USA sind nach wie vor wichtigster Partner für Deutschland außerhalb der EU. Für alle großen Fragen unserer Zeit sind die USA relevant. Die USA werden dabei möglicherweise ein weniger verlässlicher Partner sein als bisher. Dennoch ist es wichtig, auf allen Ebenen den Dialog zu suchen. Gut funktionierende, auf gemeinsamen Werten und Interessen basierende und von Vertrauen geprägte transatlantische Beziehungen sind längst nicht mehr selbstverständlich - auf beiden Seiten des Atlantiks.
- Trump setzt den langfristigen Trend der US-Nahostpolitik fort. Dieser Trend heißt „Rückzug“.
- Die südlichen Nachbarn in Amerika reagierten durchaus unterschiedlich auf den neuen US-Präsidenten. Während der direkte Nachbar Mexiko mit Fassungslosigkeit, Bestürzung und Sorge gen Norden schaut, nehmen Bolivien, Ecuador, Venezuela und Nicaragua den Rückzug der USA aus dem Bereich Demokratieförderung und Rechtsstaatsunterstützung aufmerksam zur Kenntnis.
- Asien gewinnt unter der Trump-Regierung zunehmend an strategischer Priorität, Sicherheitsgarantien werden eingehalten und bilaterale Handelsbeziehungen gestärkt. Gewöhnen müssen sich asiatische US-Partner zukünftig an Kostenbeteiligungen, engagierte Eigenverantwortung und die Einhaltung jeglicher vertraglicher Zusagen.
- Noch ist Afrika auf der politischen Agenda der Trump-Administration ein weißer Fleck. Anstatt reaktiv auf Krisen zu reagieren, sollte pro-aktiv Entwicklung gestaltet und das wirtschaftliche Engagement verstärkt werden. Zu einem Zeitpunkt, wo sich Deutschlands Engagement auf dem afrikanischen Kontinent verstärkt, zeichnet sich mit Ausnahme des Sicherheitssektors ein Rückzug der US-Regierung aus der Entwicklungszusammenarbeit ab.

INHALT

-
- 2 | 1. Was hat sich mit Trump verändert? Und wie stellen wir uns darauf ein?
 - 5 | 2. Die Regierung Trump und Russland
 - 7 | 3. Jubel für den Anti-Obama: Donald Trump und der Nahe Osten
 - 9 | 4. Trump in Lateinamerika
 - 12 | 5. Noch fehlt eine Strategie: Trump und Asien
 - 15 | 6. Die US-Afrika-politik unter Trump: zwischen Indifferenz und Kampf gegen den Terrorismus
-

Trump ist auch Ergebnis von acht Jahren Obama.

Trumps Wählerschaft ist zum großen Teil nicht kosmopolitisch und transatlantisch, sondern national orientiert.

Die weltweiten Einschätzungen zu Donald Trump und seiner Politik sind auch nach über einem halben Jahr US-Präsidentschaft mit vielen Fragezeichen versehen. Eine gegenwärtige Analyse bietet nicht den Luxus einer Rückschau, sondern befindet sich mitten in einer Situation, welche sich weiter dynamisch entwickelt. Auch wenn hier und da Eckdaten sichtbar werden – eine grundsätzliche Unberechenbarkeit und Volatilität im Agieren der Trump-Administration wird bleiben. Neben der Unberechenbarkeit scheint auch das Agieren in einem sehr eng verstandenen nationalen Interesse (mit einem starken Fokus auf die Wähler) eine Grundkonstante für die Zukunft zu sein, auf die man sich einstellen muss. Global dürften sich dadurch die Gewichte verschieben, mit Auswirkungen insbesondere auf Europa, aber auch hinsichtlich der Rolle Chinas.

1. Was hat sich mit Trump verändert? Und wie stellen wir uns darauf ein?

Trump scheint bei wenigen Themen persönlich zu agieren. Vielem lässt er seiner Administration Gestaltungsspielraum. Darin liegt eine Chance, auch für Dialog von außen. Gleichzeitig ist deutlich, dass die Macht des Präsidenten groß, aber letztlich auch nicht unbegrenzt ist: Die „checks and balances“ funktionieren, wenn man sich etwa das Kernthema der Wahl, Rücknahme und Ersetzen der Gesundheitsreform Obamas, ansieht. Die Haushaltshoheit hat der Kongress. Das Weiße Haus kann nur gemeinsam mit dem Kongress erfolgreich agieren. Dass die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus sowie im Senat haben, ermöglicht Trump jedoch kein „Durchregieren“, wie der Fall der Gesundheitsreform zeigt.

Rückblick: Trump als Symptom, nicht nur Ursache für Veränderungen

Es ist nicht so, als hätte sich die gesellschaftliche und politische Situation in den USA erst mit dem neuen Präsidenten verändert. Die Wahl ist vor allem ein Symptom, weniger die Ursache für Veränderungen. Trump ist auch ein Ergebnis von acht Jahren Präsident Obama. Unter Obama hat etwa die Ungleichheit rasant zugenommen, so dass sich nicht nur Politiker damit befassten, sondern auch Volkswirte Alarm schlugen. Obama hat wenige Anstrengungen unternommen, überparteilich zu agieren und gute Beziehungen zum Kongress zu pflegen. Demokraten, darunter auch die Wahlkämpferin Hillary Clinton, haben nicht selten in ihrer politischen Rhetorik abstrakt über diejenigen gesprochen, welche Donald Trump dann tatsächlich in ihren Nöten ansprechen konnte: vor allem Verlierer der Globalisierung in der unteren - häufig weißen - Mittelschicht. Dass die politischen Eliten in Washington als abgehoben, extrem polarisiert und damit dysfunktional wahrgenommen wurden, lag jedoch nicht nur an den Demokraten. Trump hat so den Finger in die Wunden gelegt, ohne notwendigerweise auch die richtigen Rezepte zu haben. Er ist auf die Unsicherheit eingegangen, welche viele spüren: wirtschaftlich, etwa durch Globalisierung und disruptive Technologien und Innovation, wie auch physisch, etwa durch terroristische Bedrohung. Auch den häufig fehlenden Respekt vieler Politiker vor der arbeitenden, unteren Mittelschicht hat er aufgegriffen und dieser wichtigen Gesellschaftsgruppe ihren Stolz und ihre Selbstachtung zurückgegeben. Die Umverteilungskonzepte der Demokraten hingegen konnten diese Schicht nicht wirklich erreichen.

Die politischen Eliten versagten zunehmend auch darin, die Komplexität der globalisierten und multipolaren Welt, in der es nicht einfach ist, Entwicklungen zu beeinflussen, den Bürgern zu erklären und internationales Engagement zu rechtfertigen. Mit dem Sieg Donald Trumps hat sich mit der weißen, unteren Mittelschicht eine demographische Gruppe durchgesetzt, welche nicht kosmopolitisch, nicht transat-

lantisch, sondern eher national orientiert ist. Dies hat Auswirkungen auf die Politik, welche sich an diesen Wählern orientiert. Allerdings bestimmt den demographischen Trend langfristig eine weitere Pluralisierung der Gesellschaft, vor allem mit einem wachsenden Anteil von Latinos und Asiaten. Auch diese gesellschaftlichen Gruppen stehen nicht notwendigerweise für transatlantische Orientierung, welche bislang vor allem von den Eliten an der Ost-, aber auch an der Westküste der USA getragen wird.

Trumps Politik der Kontinuitäten und Diskontinuitäten – eine Herausforderung für Europa

Politisch steht Trump in vielen Bereichen durchaus in Kontinuität zu bisheriger Politik. Das gilt etwa in Handelsfragen: Der langjährige, überparteiliche Konsens war hier spätestens im Wahlkampf einer neuen, wachsenden Skepsis gegenüber dem Freihandel gewichen. Nicht nur der weit links stehende Bernie Sanders, auch Hillary Clinton, welche das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) als Außenministerin unterstützt hatte, äußerte sich nun kritisch. Obama konnte keine Mehrheiten gewinnen, noch vor Beendigung seines Amtes TPP durchzubringen.

Allerdings hat Trump mit seinen Äußerungen zur Einführung von Strafzöllen und Abschottung des heimischen Marktes - auch gegen transatlantische Partner und insbesondere Deutschland - Instrumente ins Spiel gebracht, welche von einer bisherigen, von multilateralem Handeln getragenen Politik abwichen und ein eng verstandenes nationales Interesse in den Vordergrund stellten. Eine solche Politik ignoriert die Interessen all derjenigen Länder, welche sich als Partner der USA verstehen und deren internationales Engagement auf regelorientierten Rahmensetzungen und multilateralen Institutionen basiert. Hier kann sich in Zukunft erhebliches Konfliktpotential ergeben.

Auch in sicherheitspolitischen Fragen setzt Trump fort, was von Präsident Obama begonnen wurde. Obama wollte sich mit der spürbaren Rücknahme militärischen Engagements von der interventionistischen Politik seines Amtsvorgängers absetzen und griff damit zugleich eine allgemeine Stimmung in der Bevölkerung auf. Bereits Obama hatte immer wieder betont, dass die (NATO-)Partner mehr für die eigene Sicherheit tun müssten und erinnerte regelmäßig an die Verpflichtung zu Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent gemessen am BIP. Allerdings geht Trump darüber hinaus und stellt nun rhetorisch gelegentlich das Verteidigungsbündnis selbst in Frage – auch wenn sein Kabinett nicht müde wird, die Bedeutung der NATO zu betonen und die Partner zu beruhigen. Die bisherigen Zeichen deuten zudem darauf hin, dass weniger Wert auf „soft power“ gelegt wird, wenn man sich etwa die Pläne zur Reduzierung des Außenministeriums ansieht (welches Hillary Clinton allerdings zu stark aufgebläht hatte, folgt man ihren Kritikern). In Trumps Haushaltsentwurf ist zudem ein deutlicher Aufwuchs der Verteidigung vorgesehen, die Unterstützung von multilateralen Institutionen wird dagegen eingeschränkt. Damit scheint auch die Außenpolitik stark von kurzfristigem, nationalem Interesse beeinflusst zu werden und noch weniger auf Werten zu basieren. Auch wenn bereits Obama praktisch keine ausgeprägt idealistische Außenpolitik betrieb, so setzt sich Trump nun noch weiter davon ab.

Hieraus ergeben sich Spannungen mit den europäischen Partnern, aber auch Chancen: Ein Teil des von Trump eingeforderten „burden sharing“ könnte darin bestehen, dass die europäischen Partner eine größere Rolle bei der Finanzierung von multilateralen Institutionen übernehmen.

Wachsende Skepsis gegenüber dem Freihandel

Auch die Außenpolitik der USA scheint von kurzfristigem, nationalem Interesse beeinflusst zu werden.

Zudem entsteht die Frage, inwiefern die USA weiterhin als engagierter Partner bei dem Entstehen für ein liberales Gesellschaftsmodell und der Umsetzung von westlichen Werten in der Welt wirken werden. Konkret stellt sich beispielsweise die Frage, mit welchem US-Engagement bei der Begleitung der Transitionsländer im Osten und Südosten Europas in Zukunft zu rechnen ist und ob daraus ein Vakuum entsteht, welches die EU vor neue Herausforderungen stellt.

Was folgt daraus?

Einmal mehr ist sichtbar: so ähnlich wie uns auch sind - Amerika funktioniert anders! Es ist notwendig, genauer hinzuschauen, besser zuzuhören und keine vorschnellen Urteile zu fällen. In Zukunft wird es noch wichtiger, unsere bisher gemeinsamen Werte und Interesse *auf allen Ebenen* in den USA deutlich zu vertreten. Dazu gehören nach wie vor zentral die Administration und der Kongress, aber auch Partner wie jüdische Organisationen, kirchliche Institutionen, evangelikale Einrichtungen sowie neue Dialogpartner jenseits der traditionellen Partner an Ost- und Westküste, die neu erschlossen werden müssen. Auch was im mittleren Westen über transatlantische Fragen gedacht – oder nicht gedacht – wird, hat Auswirkungen auf die Politik. So wie CETA in der Wallonie zu Fall gebracht werden kann, entscheiden sich außenpolitische Fragen heute nicht zuletzt auch in Kentucky.

Ebenso müssen neue Themen in den Dialog eingeführt werden – allen voran die offene Frage nach den Herausforderungen durch Innovation und Technologie für die Gesellschaft. Innovation ist einerseits Bedingung für den wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft, stellt aber Politik und Gesellschaft vor die Aufgabe, die damit einhergehenden Veränderungen sinnvoll zu gestalten. Das verbindet uns. Deutschland hat mit dem Modell der dualen Ausbildung ein interessantes Modell zu bieten, das gerade auch in Zeiten tiefgreifender Veränderungen tragfähig ist.

Die Debatte in den USA zeigt zudem, dass unser Modell einer offenen Gesellschaft nicht nur von außerhalb gefährdet ist. Inzwischen ist längst das Bewusstsein gewachsen, dass wir uns mit unseren Werten heute wiederum in einer ideologischen Auseinandersetzung befinden, etwa mit einem staatskapitalistischen System in China und Russland oder auch mit einem ultrareligiösen System, welches ISIS vertritt. Der Blick auf populistische Strömungen in Europa und in den USA zeigt, dass die Herausforderungen auch im Inneren liegen. Noch mehr als bisher sind wir gefordert, zu definieren, wofür wir stehen, wie wir uns abgrenzen und wie wir für unsere Werte einstehen wollen.

Dies muss mit einer vertieften Debatte in Europa beginnen. In dem Maße, wie die EU im guten Sinne Selbstbewusstsein erlangt, wird sie auch für die USA relevant bleiben. Wieder einmal ist insbesondere das deutsch-französische Tandem gefragt, Europa gemeinsam voranzubringen. Gleichzeitig müssen Deutschland und Europa noch stärker lernen, in Interessenkategorien zu denken und handeln. Auch das macht sie für die USA relevanter.

Die USA sind nach wie vor wichtigster Partner für Deutschland außerhalb der EU. Für alle großen Fragen unserer Zeit sind die USA relevant. Die Vereinigten Staaten werden dabei möglicherweise ein weniger verlässlicher Partner sein als bisher. Dennoch ist wichtig, auf allen Ebenen den Dialog zu suchen. Gut funktionierende, auf gemeinsamen Werten und Interessen basierende und von Vertrauen geprägte transatlantische Beziehungen sind längst nicht mehr selbstverständlich - auf beiden Seiten des Atlantiks

Europa muss seine gemeinsamen Werte und Interessen auf allen Ebenen in den USA vertreten.

2. Die Regierung Trump und Russland

„Ich habe vom Präsidenten der USA nichts Positives erwartet“, ließ sich Wladimir Putin in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* (1. Juni 2017) kürzlich vernehmen, eine Aussage, die sicher im Gegensatz zu den allgemeinen Erwartungen steht. Mit Russland, so hatte man gedacht und aus den USA gehört, ließen sich bestimmt *deals* von Mann zu Mann verabreden, von einem Jalta II über Einflusssphären war die Rede, gar davon, Russland weg von China ins westliche *camp* zu ziehen. Schnee von gestern? Nie in der Absicht des amerikanischen Präsidenten? Oder schlicht den *checks and balances* in den USA und insbesondere einem russland-kritischen Senat geschuldet? Der Spielraum des Weißen Hauses in Sachen Russland scheint jedenfalls extrem eingeschränkt: Einerseits laufen Untersuchungen, welche Bindungen das Trump-Team schon im Wahlkampf und danach nach Russland hatte, in welcher Form man möglicherweise von russischer Wahlkampfunterstützung über *leaks* und *fake news* wusste, sogar Vermutungen über eine mögliche Erpressbarkeit des Präsidenten machen die Runde. Hohe Funktionäre mussten, kaum im Amt, wegen dieser Frage bereits wieder ihre Posten räumen. Und die Festschreibung von verschärften Sanktionen schienen in jüngster Zeit das Klima zusätzlich beeinträchtigt zu haben – ebenso wie ein US-Luftschlag gegen die russischen Protegés in Syrien. Hat das Vier-Augen-Gespräch zwischen Trump und Putin am Rande des G20-Gipfels in Hamburg hier womöglich eine Kehrtwende eingeläutet?

Trotz all dieser offenen Fragen scheint Russland von der neuen Lage in Washington zu profitieren – zum Teil im Anschluss an früheres Versagen der Obama-Administration. In Syrien etwa konnte Russland weiter Fakten schaffen, weil man das Vakuum ausnutzt, das der Westen geschaffen hat. Weil dieser Flugverbotszonen nicht durchsetzte, als dies noch möglich gewesen wäre, setzt sie heute *de facto* Russland durch die Stationierung modernster Flugabwehrtechnik durch – für den Westen und – wenn nötig – vielleicht für das ganze östliche Mittelmeer gleich mit. Mit der Unterstützung für Assad zeigt man zudem: auf uns können sich unsere Verbündeten verlassen! Geschickt stößt man dabei in die Vertrauenslücke, die bei westlich orientierten Autokraten während des sogenannten Arabischen Frühlings entstanden ist. Ohne Russland, soviel ist klar, lässt sich der Konflikt in Syrien und Umgebung nicht mehr lösen.

Vertrauen ist ein gutes Stichwort für weitere russische „Geländegewinne“: das lange Zögern des neuen US-Präsidenten, sich zur Beistandsgarantie des Artikels 5 des NATO-Vertrages zu bekennen – immerhin hatten dies Regierungsmitglieder durchaus getan – sorgte für Verunsicherung gerade im Osten Europas, besonders dort, wo es große russisch-stämmige Minderheiten gibt, für die sich der Kreml nach eigener Aussage „verantwortlich“ fühlt. Mancherorts mag die Frage aufgetaucht sein – hier lassen sich Parallelen zu Asien und der Ausrichtung mancher Staaten auf China erkennen – ob es nicht besser sei, beizeiten seinen Frieden mit Russland zu machen, statt sich dessen geopolitischen Ambitionen zu sehr entgegenzustellen. Hätten die USA dann noch in der Sanktionsfrage gewackelt, wären diese wohl auch in Europa nicht mehr haltbar gewesen. Auf dem Aktionsfeld des westlichen Balkans hat Russland zwar außer eines Appells an den „Panslawismus“ wenig anzubieten, auf die massive Einmischung in innere Angelegenheiten der dortigen Länder verzichtet man gleichwohl nicht. Auch hier nimmt man parallel eher einen Rückzug der USA wahr – eine Lücke, die vor allem die Europäische Union durch verstärktes Engagement schnell und nachhaltig schließen müsste.

Russland profitiert
von der Lage in
Washington.

Trumps Positionen zur EU unterstützen die Kräfte, die kein Interesse an der Vertiefung der EU haben.

Apropos Europäische Union: die von Donald Trump artikulierte Position zur EU hilft sicher allen, die an einer vertieften Integration und einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik Europas kein Interesse haben – und dazu dürfte aktuell Russland gehören. Sympathiebekundungen für den Brexit, die Ermutigung, die andere Extrem-Nationalisten aus Washington hören, der Frontalangriff auf eine angebliche deutsche Dominanz, all das muss man mit großer Besorgnis betrachten. Letztlich kann ein geschwächtes Europa nicht im Interesse der USA sein – es sei denn, man betrachtet bilaterale *deals* mit schwächeren Partnern auch langfristig als Gewinn. Eine solche Sichtweise würde in Moskau und Peking sicher gut verstanden.

Auch der Konflikt der Türkei mit den USA, die sich eine Auslieferung des Predigers Fetullah Gülen nach Ankara nicht vorstellen können, spielt Russland in die Karten. Schnell musste der türkische Präsident Erdogan nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs zurückrudern und den demütigenden Gang in eine Entschuldigung antreten, um russische Sanktionen zu begrenzen. Nun sind sogar Waffenkäufe in Russland im Gespräch, die sicher massive Auswirkungen auf die Rolle der Türkei in der NATO und das gegenseitige Vertrauen hätten. Dass die Türkei mit einer Mitgliedschaft in der *Shanghai Organisation* liebäugelt, kommt erschwerend hinzu.

Russland nutzt politische Geländegewinne, um sich als Antipode im Systemwettbewerb gegen die „westliche Dekadenz“ zu profilieren.

Das „America First“ Donald Trumps lässt auch darauf schließen, dass die USA als Kämpfer für liberale westliche Werte weltweit ausfallen könnten. Die Kürzung entsprechender Programme deuten in diese Richtung, die Ausdünnung des auswärtigen Dienstes mindert auch die Regionalexpertise. Auch das erleichtert es Russland sicher, sich als Antipode in einem Systemwettbewerb zu profilieren, bei dem man das eigene autoritäre Modell und seine Abstützung im orthodoxen religiösen Milieu gegen aus russischer Sicht „westliche Dekadenz“ ins Feld führt. Der Haken dabei: Russland ist – einmal mehr – zwar militärisch stark und stark modernisiert, wirtschaftlich und gesellschaftlich-demographisch jedoch fällt man weiter zurück. Allemaal wäre das Land in einer Modernisierungspartnerschaft mit der Europäischen Union besser aufgehoben denn als Juniorpartner eines Chinas, das nicht nur in Zentralasien massiv mit geopolitischen russischen Interessen in Konflikt gerät.

Die offene Frage bleibt natürlich, auf welchen Feldern sich eine Zusammenarbeit mit Russland künftig vorstellen lässt. Haupthindernis bleiben dabei die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und die Übergriffe in der Ostukraine – gleichwohl könnten gerade die USA zu „pragmatischen“ Lösungen neigen. Infrage käme sicher die Terrorbekämpfung, auch wenn nicht immer klar ist, wer welchen Terrorbegriff auf wen und was anwendet. Auch Afghanistan, Libyen und der Nahe Osten selbst könnten Kooperationsfelder sein, ebenso wird eine Annäherung in den Bereichen Rüstungskontrolle und Cyber Kriminalität immerhin nicht ausgeschlossen. Für all das allerdings müsste sich die amerikanische Handlungsfähigkeit nachhaltig vergrößern – und Russland selbst müsste darin einen Mehrwert sehen in einer Zeit, wo man allenthalben stolz darauf ist, es dem Westen, der einen so lange herumgeschubst hat, einmal richtig zu zeigen und in einer Zeit, in der dieses Nationalgefühl eine der wenigen Legitimationsressourcen ist, über die der russische Präsident kurz vor einer möglichen Wiederwahl im kommenden Jahr überhaupt noch verfügt.

3. Jubel für den Anti-Obama: Donald Trump und der Nahe Osten

Trump wird von vielen Herrschern des Nahen Ostens geschätzt, weil er nicht Barack Obama ist.

Donald Trump wird allein schon deshalb von vielen Herrschern des Nahen Ostens geschätzt, weil er nicht Barack Obama ist. Vor allem die sunnitischen Eliten in der Region hatten sich vom früheren US-Präsidenten verraten gefühlt: Die konziliante Politik gegenüber dem Iran, die im Abschluss des Nuklearabkommens (JCPOA) endete, aber auch bereits die amerikanische Irakpolitik mit der Folge einer schiitisch dominierten Regierung waren in der Gesamtsicht als Unzuverlässigkeit der USA gegenüber ihren eigentlichen Verbündeten in der Region gewertet worden.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte im Empfinden der sunnitischen Eliten Obamas Reaktion auf den Arabischen Frühling. Neben den Schiiten war nun auch dem anderen Erzfeind der Vorzug gegeben worden: Den Moslebrüdern und damit dem Politischen Islam in seiner sozialrevolutionär-antiimperialistischen Ausprägung. Der Sturz Mubaraks war das Menetekel hierfür gewesen – ganz egal ob von den USA nur hingenommen oder – wie die Verschwörungstheoretiker behaupten – angezettelt. Die in ihrer Selbstsicht pro-westlichen Eliten der Region fühlten sich im Stich gelassen.

All das macht Trump nun wieder gut, zumindest rhetorisch und symbolisch. Seine erste Auslandsreise führte ihn nach Riad. Seine Ankündigung, den JCPOA aufzukündigen, ist zwar nicht umgesetzt, doch wird zumindest das Klima gegenüber dem Iran rauer. Selbst die jüngst beim G20-Gipfel in Hamburg verkündete Einigung mit Russland, gemeinsam mit Jordanien, über einen Waffenstillstand im Süden Syriens lässt Iran erkennbar außen vor – was die Chancen für eine Umsetzung dieses Abkommens entsprechend schmälert.

Trumps Luftschlag gegen eine syrische Luftwaffenbasis hat den schleichenden Prozess eines Arrangements mit Assad vorerst abgebremsst.

Eine klare Linie gegen das Assad-Regime war nach dem Militärschlag gegen eine syrische Luftwaffenbasis in Folge eines durch das syrische Regime zu verantwortenden Giftgas-Angriffes erwartet worden. Auch hier ein klarer Widerspruch zum Vorgänger: Obama hatte im ähnlichen Fall zwar von roten Linien gesprochen, aber nichts unternommen. Das war von den sunnitischen Eliten der Region als weiterer Beweis seiner Schwäche gegenüber der „schiitischen Achse“ aus Iran, dem syrischen Regime, Hisbollah und anderen gewertet worden. Tatsächlich war es der Trump-Administration damit gelungen, den schleichenden Prozess eines Arrangements mit Assad, der Trump zuvor noch rhetorische Avancen gemacht hatte, erst einmal zu bremsen.

Zumindest scheint sich nunmehr eine Position herauszubilden, die eher auf eine Einigung mit Russland setzt, als auf Kompromisse mit dem Iran. Ob diese – auch von vielen anderen Akteuren in der Region favorisierte – Strategie jedoch nachhaltig funktioniert, darf bezweifelt werden: Russland sitzt nicht nur mit dem Iran im gleichen Lager, sondern scheint auch bei seiner Politik der Machtprojektion im Nahen Osten immer mehr auf Teheran als Partner zu setzen.

Begrüßt wurde Trumps Rhetorik gegenüber dem Iran auch in Israel, das im Iran nach wie vor die größte Bedrohung für seine eigene Sicherheit sieht und dementsprechend Obamas Politik ebenfalls kritisch gegenüberstand – bis hin zum wiederholten Eingreifen von Premierminister Netanjahu in die Debatte in den USA zu Lasten Obamas.

Hinzu kamen die familiären Bindungen Trumps zu Israel sowie seine Ankündigung, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, was eine unilaterale Anerkennung der israelischen Position und ein wichtiges Erschwernis für eine Zwei-Staaten-Lösung bedeuten würde. Auch hier gibt es jedoch keinerlei Anzeichen für eine Umsetzung.

Ohnehin hat sich die Trump-Euphorie im rechten Teil von Israels politischer Szene längst als verfrüht erwiesen. Trumps neuer Nahost-Sondergesandte Jason Greenblatt kam auch auf palästinensischer Seite gut an, Palästinenserpräsident Abbas wurde bald in Washington empfangen und in Trumps „Deal“-Mentalität sehen einige auch ein Abrücken von der sicher geglaubten Unterstützung israelischer Positionen. Nicht zuletzt fällt es Premierminister Netanjahu zunehmend schwer, die rückhaltlosen Siedlungsbefürworter in der eigenen Partei und Koalition in Schach und sich damit an der Macht zu halten - was früher mit dem Verweis auf Obama und den Druck der Amerikaner immer möglich war.

So wird denn auch in der gesamten Region dem Trump-Effekt Vieles zugeschrieben, was zumindest nur teilweise diesem zu verdanken ist. Die Katar-Krise etwa beruht auf tiefen Differenzen der Akteure, und ihr Zeitpunkt liegt trotz der Koinzidenz mit Trumps Besuch wohl eher an der zunehmenden Nervosität und vor allem den Veränderungen beim Führungspersonal einiger Akteure am Golf. Wahr ist natürlich, dass Autokraten verschiedenster Couleur es begrüßen, wenn in der Zusammenarbeit mit den USA Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht mehr eingefordert werden. Wie stark allerdings vorher diese Forderung war, muss relativiert werden. Eine „harte“ Konditionierung gab es auch unter Obama kaum noch, Realismus hatte schon länger den Eifer der „Neocons“ auf diesem Gebiet ersetzt. Schließlich hat sich die Welt geändert und viele autoritäre Regime im Nahen Osten spielen bewusst mit den Alternativen China und Russland.

Was bleibt, ist eine diffuse Affinität „starker Männer“ zueinander ebenso wie eine gemeinsame Ablehnung des Multilateralismus. Dies scheint sogar beim türkischen Präsidenten Erdogan zu wirken, trotz vieler Interessengegensätze - von der kontinuierlichen Unterstützung der USA für die PKK-nahen kurdischen Kräfte in Nordsyrien bis hin zu Trumps klarer Ablehnung des Politischen Islam.

Auch der von Trump mehrfach versuchte und nunmehr in Teilen erfolgte Einreisestopp für Bürger bestimmter muslimisch geprägter Staaten kann die positive Sicht der sunnitischen Eliten auf Trump als den Gegenentwurf seines Vorgängers nicht trüben. Schließlich gebe es deutlich mehr muslimische Staaten als die hiervon Betroffenen. Der Bann betreffe vor allem gescheiterte Staaten, die ein Sicherheitsvakuum für terroristische Aktivitäten böten, so die Argumentation. Der Fokus dieser Maßnahme zeigt aber vor allem, dass die Außenpolitik Trumps innenpolitisch getrieben ist. Bei vielen US-Bürgern, für die die Welt von einer zunehmenden Unübersichtlichkeit geprägt ist, stoßen solche „harten“ Taten auf Zustimmung. Dieser Trend ist jedoch weder neu noch auf die USA beschränkt.

Im Ergebnis ändert sich mit Trump am langfristigen Trend der US-Politik in Nahost wahrscheinlich weniger, als der erste Eindruck der Rhetorik erwarten lässt. Dieser Trend heißt Rückzug und hat handfeste Gründe: Die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von den Rohstoffen aus der Region sinkt kontinuierlich. Trotz des niedrigen Ölpreises behalten die USA die Kapazität, sich jederzeit mit Öl selbst versorgen zu können. Geopolitisch liegen die Prioritäten eher in Asien und die für Europa so wichtige Frage der Migration aus der Region hat aufgrund der geographischen Distanz

In Trumps „Deal“-Mentalität sehen einige ein Abrücken von der sicher geglaubten Unterstützung israelischer Positionen.

Trump setzt den langfristigen Trend der US-Nahostpolitik fort. Dieser Trend heißt „Rückzug“.

keine Bedeutung für die USA. Die Länder Süd- und Ostasiens beziehen jedoch weiterhin ihre Rohstoffe überwiegend aus Nahost, so dass sich für die USA die Frage stellt, warum man mit eigenen Mitteln die Energiesicherheit der Konkurrenz beschützen soll. Das war schon unter Obama so und ist unter Trump nicht anders.

4. Trump in Lateinamerika

„We are going to build a wall. You know that ... Mexico is going to pay for the wall. Right?“¹

Als vor einem guten halben Jahr fest stand, dass der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Donald Trump heißen würde, reagierten die südlichen Nachbarn in Amerika durchaus unterschiedlich. Während der direkte Nachbar Mexiko mit Fassungslosigkeit, Bestürzung und Sorge gen Norden schaute (Stichwort Mauerbau), stellten andere lateinamerikanische Länder Gelassenheit und Pragmatismus zur Schau. Tatsächlich sind die Länder Lateinamerikas durchaus unterschiedlich betroffen von dem angekündigten Ausbau der Mauer, den Plänen massiver Abschiebung Illegaler, einer möglichen Besteuerung der Rücküberweisungen, der Ankündigung, das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA neu zu verhandeln oder dem bereits vollzogenen Austritt aus dem TPP-Projekt. Stark vereinfacht könnte man Lateinamerika in drei (Betroffenen)Gruppen aufteilen. Da wären zum einen die „Opfer“. Dazu zählen in erster Linie natürlich Mexiko sowie die „Migrations-Ausgangsländer“ Guatemala, El Salvador und Honduras. Alle diese Länder sind auf das Engste mit den USA verbunden. Eine zweite Ländergruppe könnte man als „Besorgte“ bezeichnen. Zu dieser Gruppe zählen die meisten restlichen zentralamerikanischen Länder wie etwa Costa Rica und Panama. Aber auch in Brasilien und Kolumbien waren die Reaktionen eher von echter Sorge als von Gelassenheit geprägt. Schließlich gibt es aber auch zahlreiche südamerikanische Staaten, die auf die neue US-Administration – durchaus aus unterschiedlichen Gründen - mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit und Pragmatismus reagieren.

„Opfer“ Mexiko ist auf vielfältige Art und Weise in starker Abhängigkeit von den USA. Die herabsetzenden und beleidigenden Äußerungen des Wahlkämpfers Trump über Mexikaner („Vergewaltiger“, „Diebe“) führten zu Empörung und Wut – und belasten die bilateralen Beziehungen, die in den vergangenen Jahren eigentlich zu einer erstaunlichen und soliden Normalität gefunden hatten. Bedrohlich jedoch sind in erster Linie das Infrage stellen des seit 1994 existierenden und für alle Seiten durchaus Vorteile bringenden Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Zwar hat Mexiko insgesamt 46 Freihandelsabkommen mit Ländern der ganzen Welt abgeschlossen. Mehr als zwei Drittel der mexikanischen Exporte gehen jedoch in die USA. Ein überarbeitetes Abkommen hätte ggf. gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft und würde unter Umständen zahlreiche Arbeitsplätze gefährden - vor dem Hintergrund einer schon jetzt hohen Arbeitslosigkeit in Mexiko und jährlich Hunderttausender neu auf den Arbeitsmarkt drängender junger Menschen ein bedrohliches Szenario. Überlegungen Trumps, die Rücküberweisungen (Remesas) zu besteuern, um damit den Mauerbau zu finanzieren, würden Mexiko und seine südlichen Nachbarn in Zentralamerika ebenfalls ins Mark treffen. In El Salvador beispielsweise machen die Rücküberweisungen allein 20 Prozent des BIP aus. Guatemala erhielt 2016 insgesamt mehr als sieben Milliarden Euro an Remesas. Nach Mexiko flossen 2016 insgesamt 27 Milliarden Dollar an Rücküberweisungen. Damit übersteigen diese „Einnahmen“ die Erlöse aus dem Öllexport des Landes. Sollte der neue Präsident der Vereinigten Staaten seine Ankündigung wahr machen, illegale Einwanderer massenhaft abzuschieben, stünden die „Opfer“-Länder vor schier un-

Während Mexiko mit Bestürzung und Sorge auf die Wahl Trumps reagierte, stellten andere lateinamerikanische Länder Gelassenheit zur Schau.

Überlegungen Trumps, die Rücküberweisungen zu besteuern, um damit den Mauerbau zu finanzieren, würden Mexiko und seine südlichen Nachbarn in Zentralamerika ins Mark treffen.

lösbarer Herausforderungen. Keines der Länder wäre auf Massenabschiebungen vorbereitet. Experten warnen vor wirtschaftlichen und humanitären Katastrophen. Ob es zu den oben erwähnten Maßnahmen von Seiten der Trump regierten USA kommt, ist jedoch fragwürdig. Außenminister Tillerson will von Massenabschiebungen nichts wissen und verspricht koordinierte Abschiebungen unter Beteiligung der betroffenen Länder. Damit würden die USA die Strategie der vergangenen Jahre fortsetzen. Denn in den acht Jahren der Regierungszeit von Ex-Präsident Obama wurden allein drei Millionen illegale Mexikaner repatriiert. Die Länder des nördlichen Dreiecks Guatemala, Honduras und El Salvador haben im Jahr 2016 immerhin 200.000 abgeschobene Migranten aufgenommen. In der Regierungszeit von Präsident Obama war es bereits zu einem deutlichen Anstieg der Abschiebungen gekommen. Die USA setzen im Verhältnis zum nördlichen Dreieck von Zentralamerika auf das Projekt „Allianz für Wohlstand“, das Migrationsursachen bekämpfen sollte und zudem aus Sicherheitsinteressen der USA heraus entstanden ist.

Mit dem Abschiebe-Erlass vom 21. Februar 2017 hat die Trump-Administration jedoch die rechtliche Grundlage für massenweise Abschiebungen zur Verfügung: Grundsätzlich kann jeder illegale Immigrant sofort abgeschoben werden – unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in den USA. Zum anderen kann auch jeder ohne die erforderlichen Papiere bei der Einreise an der Südgrenze erkapte Migrant sofort zurückgewiesen werden. Opfer der neuen US-Administration sind zweifelsohne auch Institutionen der OAS, wie der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte. Diese fürchten eine sinkende finanzielle Unterstützung. Das Engagement für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wird reduziert. Sicherheitsinteressen rücken offensichtlich stärker in den Vordergrund. Ob diese Lücke mittel- und langfristig von Europa und/oder Kanada gefüllt werden kann, ist mehr als fraglich. Auch Kuba dürfte zur Gruppe der Besorgten zählen, hat Präsident Trump doch eine Umkehr der von seinem Vorgänger Obama eingeleiteten Wiederannäherungspolitik verkündet. Besonders weh tun dürften Havanna die angekündigten Einschränkungen bei Individualreisen. Denn schon im vergangenen Jahr profitierte die Insel vom massiven Anstieg der US-Touristenzahlen und damit verbundener dringend benötigter Devisen.

Diejenigen Staaten Lateinamerikas, die weiter oben als „Besorgte“ bezeichnet wurden, sind aus unterschiedlichen Gründen in Sorge. So hätten Costa Rica und Panama unter dem Rückstau zurückgewiesener Migranten und Flüchtlinge zu leiden. In Panama horchte man vor allem auf, als der neue Präsident auch nach Ende des Wahlkampfs unbeirrt weiter sein protektionistisches wirtschaftspolitisches Modell pries. Denn das kleine Land zwischen Süd- und Nordamerika, das bereits über den kürzlich ausgebauten Kanal verfügt, will sich zur internationalen Logistikkreuzung („Hub of the Americas“) entwickeln. Dieses Projekt wäre zum Scheitern verurteilt, wenn sich die USA abschotten würden. Kolumbien ist über das Thema Drogenbekämpfung sehr eng mit den USA verbunden. Sollten die Vereinigten Staaten von Amerika wie angekündigt massive Kürzungen beim Budget ihres developmentspolitischen Engagements vornehmen, könnte eine wichtige Finanzierungsquelle versiegen, die im Zuge der Umsetzung des Friedensprozesses dringend benötigt wird. Präsident Santos versuchte daher bereits bei seinem ersten Zusammentreffen mit Präsident Trump, die gemeinsamen Anstrengungen bei der Drogenbekämpfung und der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität mit den Bemühungen um die Pläne zur Umsetzung des Friedensprozesses zu verknüpfen. Allgemeine Besorgnis ist beim Thema Klimaschutz anzutreffen. Der US-Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen

Grundsätzlich kann jeder illegale Immigrant sofort abgeschoben werden – unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in den USA.

Panama will sich zur internationalen Logistikkreuzung entwickeln. Dieses Projekt wäre zum Scheitern verurteilt, wenn die USA sich abschotteten.

ist ein herber Rückschlag für die Energie(wende)politik Lateinamerikas. Denn die Betroffenheit Lateinamerikas angesichts schmelzender Andengletscher, extremer Dürreschübe, steigendem Meeresspiegel und zunehmender Extremwetterereignisse ist enorm. Es ist abzusehen, dass nun die US-Klimafinanzflüsse nach Lateinamerika schrittweise zurückgehen werden. Allerdings stehen schon heute alternative Akteure wie China und Europa bereit, um die Klimafinanzlücke zu schließen. Tragisch ist also eher der Vertrauensverlust, der die vom Klimaabkommen unabhängigen energie- und klimapolitischen Verflechtungen zwischen den USA und Lateinamerika berühren wird.

Eine größere Zahl von südamerikanischen Staaten reagierte gelassen und pragmatisch auf die Wahl Trumps. Dazu zählen einerseits Länder wie Argentinien und Peru, andererseits aber auch Bolivien und Venezuela – aus sehr unterschiedlichen Gründen. Die marktorientierten Peruaner nahmen den Ausstieg aus dem TPP-Abkommen gelassen hin. Dann werde man sich eben noch stärker auf die Kooperation und den Handel mit China und Indien konzentrieren, hieß es aus Lima. Außerdem sei die traditionell enge Beziehung zu den USA Garant für eine weitere gute Partnerschaft. Präsident Kuczynski war dann auch der erste lateinamerikanische Präsident beim neuen US-Präsidenten. Hinzu kommt, dass Kuczynski in Washington sehr gut vernetzt ist und aus eigenen Washingtoner Zeiten Kontakte vorzuweisen hat. In Argentinien hofft man auf die früheren guten Beziehungen Präsident Macris mit dem Unternehmer Trump. Außerdem sieht man durchaus auch Chancen wegen des neuen wirtschaftspolitischen Protektionismus der USA. Sollten beispielsweise die Mexikaner neue Märkte für den Import von Agrarprodukten suchen, so stünde Argentinien bereit. In Bolivien, Ecuador, Venezuela und Nicaragua nimmt man den Rückzug der USA aus dem Bereich Demokratieförderung und Rechtsstaatsunterstützung aufmerksam zur Kenntnis. Dort hofft man darauf, dass der lästige US-Zeigefinger seltener gehoben wird, wenn man es in La Paz und Caracas, in Quito und in Managua mit Pressefreiheit und anderen demokratischen Grundrechten wieder einmal nicht so genau nimmt.

Trotz aller Irritierung und Neujustierung der Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika werden geografische Nähe und traditionelle Abhängigkeiten und Beziehungen letztlich dafür sorgen, dass es weiter ein vernünftiges Miteinander geben wird. Eine große Liebe war die Beziehung zwischen „Latinos“ und „Gringos“ nie. Derzeit knirscht es zwischen beiden Partnern teilweise gehörig. Es ist aber davon auszugehen, dass man weiter pragmatisch miteinander umgehen wird.

Länder wie Argentinien, Peru, Bolivien und Venezuela reagierten gelassen auf die Wahl Trumps.

In Bolivien, Ecuador, Venezuela und Nicaragua nimmt man den Rückzug der USA aus der Demokratie- und Rechtsstaatsförderung aufmerksam zur Kenntnis.

5. Noch fehlt eine Strategie: Trump und Asien

“So we will still be there, and we will be there with you.”²

Die Regierungen vieler asiatischer Staaten haben sich inzwischen auf Trump und den neuen Politikstil eingestellt: man arrangiert sich. In den vergangenen viereinhalb Monaten fanden vielversprechende persönliche Begegnungen mit führenden asiatischen Staatschefs statt, die politischen Paukenschlag-Telefonate mit etwa Taiwan oder Pakistan sind Geschichte, Trump konzentriert sich auf die strategischen Partner.

Asien sah dem Wahlausgang sehr unterschiedlich entgegen. Der im Trumpschen Wahlkampf propagierte Isolationismus befeuerte negative Befürchtungen hinsichtlich der militärischen Bündnistreue, bestehender und geplanter Handelsabkommen, ökonomischer Abhängigkeiten - insbesondere mit Blick auf die wachsenden geopolitischen Ambitionen Chinas. Auf der anderen Seite bedeutete Trump einen Neubeginn, denn schon längst war Obamas einst ehrgeizige „Pivot to Asia“-Strategie nicht mehr als eine erwartungsüberfrachtete Worthülse. An den Beispielen des Konflikts im Südchinesischen Meer und an den zögerlichen Verhandlungen des transpazifischen Freihandelsabkommens zeigte sich, wie wenig entschieden die Außenpolitik der Obama-Administration in Richtung Asien war.

Bislang unterlag weder die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einem radikalen Wandel noch wurden bestehende Sicherheitsgarantien gebrochen.

Nach den ersten Amtsmonaten lässt sich bilanzieren, dass weder die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einem radikalen Wandel unterlag, noch bestehende Sicherheitsgarantien gebrochen wurden. Im Gegenteil: die Frequenz der Gipfeltreffen, der Besuche der Außen- und Verteidigungsminister sowie gemeinsamer militärischer Übungen mit Bündnispartnern ist unerwartet hoch.

Das verwundert nicht angesichts der Kräfteverschiebung innerhalb der neuen US-Administration. Nicht nur, dass Trump – als „Dealmaker“ und Alumni einer Militärakademie – politische Strategien anders denkt. Folgerichtig lenken nun das Verteidigungs- und Wirtschaftsressort die außenpolitischen Geschicke. Trump bleibt auch sich und seinen Wählern treu. Er bedient die Ressentiments und muss sich den strukturellen Zerwürfnissen und nationalen Interessen stellen. Das taktisch gut besetzte Kabinett hilft ihm dabei; denn im Fall Asien ist es weniger Trump, von dem eine kohärente Asienstrategie ausgeht. Hier ist man gut beraten, auf den Verteidigungsminister Mattis und Vizepräsident Pence zu schauen. Vermutlich wird man noch vor Trumps Asienbesuch im November 2017 erkennen, welche Schwerpunkte im Rahmen der neuen Handels- und Sicherheitspolitik in der Region gesetzt werden und wie sie sich in das „America first“-Konzept einfügen.

Die erkennbare Verlagerung der Außenpolitik vom State Department ins Pentagon ist den jahrelangen Versäumnissen im Umgang mit China geschuldet. Ignoranz, Nichteinmischung und das Gewähren lassen haben nicht nur den Korea-Konflikt verschärft, sondern auch zu einem gefährlichen militärischen Wettrüsten im Süd- und Ostchinesischen Meer geführt. Neben diesen potentiellen Konfliktherden steht die Trump-Regierung vor einer Reihe sicherheitspolitischer Herausforderungen in der Region, die ein neues Maß an Diplomatie und militärischer Bestimmtheit bedürfen.

Zwar bekennt sich Washington auch unter Trump zu der Neutralität in den territorialen Streitigkeiten und zu den auf dem UNCLOS Vertrag basierenden, existierenden Regeln. Aber Washington fordert nun vehementer die Navigationsfreiheit, ungehinderten Handel und die Wahrung der Souveränitätsrechte in den festgelegten maritimen Zonen.

Trump und China: „Who comes first?“

Trump hat der chinesischen Führung mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen einen nicht unerheblichen PR-Sieg geschenkt. Obwohl tatsächliche politische Bemühungen Pekings dies nicht unbedingt bestätigen, ist doch zu erkennen, dass sich China als Stabilitätsanker im Kampf gegen den Klimawandel positioniert. Ähnliches gilt für die wirtschaftspolitische Positionierung. War Protektionismus lange ein Markenzeichen Chinas, versucht Peking die befürchtete Lücke, die Washington hinterlassen könnte, prominent zu schließen. Dennoch hat Trump im Rahmen seiner „America-first“-Fokussierung erste Erfolge erzielt: Auch wenn die Vorteile einer Handelsdefizitreduktion volkswirtschaftlich umstritten sind, zielt der zwischen den Präsidenten Trump und Xi ausgehandelte 100-Tage Plan auf eine Reduktion des Defizits durch klare Maßnahmen, die signifikant steigende U.S. Exporte nach China ermöglichen.

Durch Trumps Annäherung an China steht die Taiwan-Politik vor großen Fragezeichen. Washington bekennt sich zwar wieder deutlich zur „Ein-China Politik“, unterstützt Taiwan jedoch proaktiv – nicht nur mit umfangreichen Waffenlieferungen.

Akuter Handlungsbedarf ergibt sich aus der zunehmenden Bedrohung des Regimes in Nordkorea. Die USA wissen, dass sie ohne ein kooperierendes China wenig ausrichten können.

Die Koreas: THAAD und die Atomwaffen

Bei mehreren hochrangigen Besuchen in Seoul hatten Pence, Mattis und Außenminister Tillerson die Kontinuität der traditionellen Sicherheitsgarantien bekräftigt und unveränderte sicherheitspolitische Unterstützung zugesagt. Insbesondere ging es um gemeinsame militärische Übungen und die Abwehr eines möglichen nordkoreanischen Raketenangriffs. In direkter Folge wurden erste THAAD-Bauteile installiert, die derzeit nicht nur vom neuen Präsidenten Moon, sondern von großen Teilen der südkoreanischen Bevölkerung abgelehnt werden. Auch Peking hat mittlerweile mit spürbaren Wirtschaftssanktionen gegenüber Südkorea reagiert. Die Trump-Administration hat mehrfach verdeutlicht, hinsichtlich THAAD keine Kompromisse eingehen zu wollen. Dennoch nimmt Washington auf das südkoreanische Dilemma Rücksicht: sicherheitspolitisch ist hier Kontinuität und Vorsicht erkennbar.

Das Regime in Nordkorea stellt die mit Abstand größte sicherheitspolitische Herausforderung der Trump-Regierung in den ersten Monaten dar. Auch wenn einige Beobachter mit Wohlwollen von einer klaren, härteren politischen Haltung Trumps sprechen, ist die Nordkorea-Politik der Trump-Administration eher ereignisgetriebene Reaktion statt Neuausrichtung im Sinne einer post-Obama Strategie. Dies ist jedoch nicht zwangsläufig negativ. Das Pentagon hat das nordkoreanische Problem bereits zu Beginn als Priorität eingestuft und somit ein entschiedeneres Vorgehen angedeutet. Die Obama-Politik der Geduld und Verhandlungen ist ganz offensichtlich vorbei. So hat Washington nicht nur die Finanz- und Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea ausgeweitet, sondern nimmt China deutlich in die Pflicht. Beständig wird Peking dazu aufgerufen, die chinesische Unterstützung einzustellen und das Nordkorea-Problem anzugehen. Es bleibt abzuwarten, ob die neuesten Rakentests eine militärisch robuste amerikanische Antwort nach sich ziehen oder nicht. Es ist aber unwahrscheinlich, dass die Trump-Administration naiven Erwartungen eines zu diplomatischen Lösungen bereiten Kim unterliegt. Aus dessen verquerer Perspektive handelt Pjöngjang durchaus rational und wird sich von der Abschreckungslogik weder mit schärferen Sanktionen noch mit Trumps oft zitierten Deals abbringen lassen.

Washington bekennt sich zwar wieder deutlich zur „Ein-China Politik“, unterstützt Taiwan aber mittelbar.

Die Nordkorea-Politik der Trump-Administration kann eher als ereignisgetriebene Reaktion statt als Neuausrichtung im Sinne einer post-Obama Strategie interpretiert werden.

Ein stärkeres Engagement der Japaner sowohl militärisch als auch finanziell wurde gefordert. Gleichzeitig trifft die Aufkündigung von TPP Japan und Südkorea hart.

Japan: sympathische Golfdiplomatie

Beim schon heute legendären Golf-Treffen zwischen dem japanischen Premier Shinzo Abe und Trump hat sich Washington klar zu der wohl bedeutsamsten nicht-NATO Allianz bekannt. Trumps Regierung sicherte die gemeinsame Verteidigung der Senkaku Inseln im Ostchinesischen Meer zu, forderte gleichzeitig ein stärkeres Engagement der Japaner; sowohl militärisch als auch finanziell. Japan trifft wie auch Südkorea die Aufkündigung des Transpazifischen Handelsabkommens (TPP) hart. Abes wirtschaftliches Reformprogramm hatte zu großen Teilen auf zunehmenden Export in die USA gebaut. Auch japanische Exportwünsche werden hinsichtlich des erheblichen amerikanischen Handelsdefizits eher nicht so umfassend erfüllt werden wie Abe es sich von TPP erhofft hatte.

Indien: geopolitisch wichtigster Stabilitätspakt

Das erste Treffen zwischen dem indischen Premierminister Narendra Modi und Trump hat durchaus eine sehr positive Bilanz. Beide Staatschefs haben die generell guten Beziehungen der beiden größten Demokratien als „sehr, sehr stark“ bestätigt. Dies ist auch aus deutscher Sicht sehr zu begrüßen. Trump zufolge kann und muss Indien ein Partner im Kampf gegen radikalislamischen Terrorismus sein. Die USA werden in den kommenden Jahren in hohem Umfang militärisches Material, vor allem Flugzeuge, liefern. Zum einen ist dies eine Bestätigung der geostrategischen Bedeutung und kontinuierlichen Kooperation mit Indien. Zum anderen soll dies, im Sinne von „Americafirst“, das signifikante amerikanische Handelsdefizit mit Indien verringern.

Philippinen: irrlichternde Außenpolitik

Präsident Rodrigo Duterte hat sich zu Beginn seiner Amtszeit gegenüber dem wichtigsten Alliierten und der einzigen Sicherheitsgarantie, den USA, sehr kritisch, ja unflätig geäußert. Eine Hinwendung zu China und somit Abwendung von den USA wurde offensiv verfolgt. Duterte erhoffte sich von China tiefgreifende Investitionen im Rahmen der „Belt & Road Initiative“ und vermutlich auch eine bessere Ausgangsposition im Streitfall Südchinesisches Meer. Eine erste Bilanz dieser „Kuscheldiplomatie“ ist jedoch im besten Fall ernüchternd und führte dazu, dass Duterte seit dem Amtsantritt Trumps Rhetorik und Praxis im Umgang mit Washington verändert und sich wesentlich kordialer gezeigt hat. Spätestens seit Beginn der aktuellen Krise auf der philippinischen Insel Mindanao, seit vielen Jahren ein Hotspot islamistischer Separatisten Aktivitäten, hat die Kooperation mit den Vereinigten Staaten immens an Bedeutung gewonnen. Manila hat sich nun wieder dem traditionellen Sicherheitsgaranten Washington zugewandt und - bemerkenswert unbeeindruckt von Dutertes einstiger Ablehnung - reagierte Trump umgehend im Sinne der traditionellen alliierten Beihilfe.

Manila hat sich nun wieder dem traditionellen Sicherheitsgaranten Washington zugewandt.

Zusammenfassend lässt sich bilanzieren, dass Asien unter der Trump-Regierung zunehmend an strategischer Priorität gewinnt, Sicherheitsgarantien eingehalten und bilaterale Handelsbeziehungen gestärkt werden. Gewöhnen müssen sich alle Partner an Kostenbeteiligungen, engagierte Eigenverantwortung und die Einhaltung jeglicher vertraglicher Zusagen – eben an alles, was „America first“ stützt und begünstigt.

6. Die US-Afrikapolitik unter Trump : zwischen Indifferenz und Kampf gegen den Terrorismus

"With so much corruption in Africa, how much of our funding is stolen? Why should we spend these funds on Africa when we are suffering here in the U.S.?"³

Ogleich die Ernennung eines Assistant Secretary of State for African Affairs noch immer aussteht, lassen sich erste Konturen von Trumps Afrikapolitik erkennen. In den Telefongesprächen mit Nigeria's Präsident Buhari und Südafrika's Präsident Zuma nach Amtsantritt wurden die zwei Säulen der Trump'schen Außenpolitik deutlich: Handel und Sicherheit. Nigeria soll dabei vor allem auch materielle Unterstützung („To cut a new deal in arms in the fight against Boko Haram“) im Kampf gegen Boko Haram erhalten. Im Gespräch mit Südafrikas Präsident unterstrich Präsident Trump vor allem die schon starke Präsenz von mehr als 600 US-Firmen in Südafrika. Sowohl die Personen, die für die Position des Assistant Secretary for African Affairs im Gespräch sind, wie auch die erste Direktive, die Ende März zum stärkeren militärischen Engagement in Somalia erlassen wurde, deuten auf eine Ausrichtung der Beziehungen mit afrikanischen Staaten mit einem starken Fokus auf Sicherheit und Kampf gegen den Terrorismus hin.

In diesem Kontext kam es auch bereits zu einer Restrukturierung in den Portfolios des National Security Councils. Alle nordafrikanischen Staaten bis auf Ägypten wurden in den Verantwortungsbereich des Direktors für African Affairs integriert. Aber auch diese Stelle wurde bislang nicht besetzt.

Von dieser eher eindimensionalen Akzentuierung abgesehen, sieht es allgemein danach aus, dass konträr zum gesteigerten deutschen („Marshallplan“ und G20 Initiative der „Compacts with Africa“) und auch britischen Engagement („new trade agenda for Africa“) und der chinesischen Präsenz, Afrika keinerlei Priorität für die Trump Administration besitzen wird. Zu einem Zeitpunkt, wo sich Deutschlands Engagement auf dem Kontinent verstärkt, zeichnet sich mit Ausnahme des Sicherheitssektors ein Rückzug der US-Regierung aus der Entwicklungszusammenarbeit ab.

Die US-Afrikapolitik dümpelt dahin, wichtige Posten inkl. des US-Botschafters in Südafrika bleiben unbesetzt und die wenigen Signale, die gegeben werden, sind eindeutig. Als AU, Kommissionspräsident Moussa Faki im April auf Einladung des State Department nach Washington kam, wurde sein Termin mit Rex Tillerson kurzfristig an die Arbeitsebene delegiert. Präsident Trump selbst ließ sich während des G20-Gipfels in der Arbeitssitzung zu Afrika, das von der deutschen G20-Präsidentschaft zum Schwerpunktthema erklärt wurde, durch seine Tochter Ivanka vertreten. Dies war nicht nur ein protokollarischer Fehltritt sondern auch eine Botschaft des Desinteresses und der Ignoranz an Afrika.

Die Neuausrichtung der US-Afrikapolitik unter Trump betrifft die folgenden vier Bereiche: Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Wirtschaft und Handel.

Die US-Afrikapolitik dümpelt dahin, wichtige Posten inkl. des US-Botschafters in Südafrika bleiben bislang unbesetzt.

Wirtschaft und Handel

Die in dem Mitte März vorgelegten Staatshaushalt enthaltenen Budgetkürzungen für das State Department in Höhe von 28 Prozent werden sich nicht nur auf die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auswirken. Davon betroffen sind auch die Overseas Private Investment Corporation und die US-Export-Import Bank, beides Institutionen, die kleine und mittelständische Unternehmen bei Investitionen auf dem afrikanischen Markt unterstützen. Dies ist eine ausgesprochen kurzfristige Politik – auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten. Der wirtschaftliche Einfluss der USA und auch die Intensität der Handelsbeziehungen gingen auch in der Zeit vor Trump und trotz des African Growth and Opportunity Act (AGOA) zurück. AGOA, das von Präsident Clinton ins Leben gerufen wurde, um den afrikanischen Kontinent in die Weltwirtschaft zu integrieren, gewährt afrikanischen Staaten zollfreien Zugang zum amerikanischen Markt und wurde von Präsident Obama bis 2025 verlängert. Unter AGOA gelangen vor allem Erdölprodukte auf den amerikanischen Markt, die selbst allerdings keinen boost für die amerikanische Wirtschaft darstellen. Bereits seit 2011 sind die afrikanischen Erdölexporte in die USA rückläufig und erlebten 2015 einen Rekordinbruch in Höhe von US\$ 8 Mrd. Auch die Exporte der USA nach Afrika fielen von US\$ 38 Mrd. in 2014 auf US\$ 22 Mrd. in 2016. China, der größte bilaterale Handelspartner afrikanischer Staaten, exportierte 2015 Waren in Höhe von US\$ 102 Mrd. nach Afrika.

Auf dem US-Africa Business Summit Mitte Juni in Washington bekannte sich Handelsminister Wilbur Ross zu AGOA, und benutzte die Rhetorik des US-Präsidenten wenn er vom „continent of great opportunities“ sprach. Zumindest scheint dies dazu beizutragen, dass das Beratungskomitee für den Präsidenten in Fragen des „Doing business in Africa“ beibehalten bleibt. Trotz der ersten positiven Signale der Trump-Administration zum Handel mit Afrika wird auf afrikanischer Seite zunehmend deutlicher, dass man sich nicht nur mehr Handel sondern vor allem auch Investitionen wünscht. Dies machte der Präsident der African Development Bank, Akinwumi Adesina, der amerikanischen Seite während des Business Summit sehr deutlich und verwies dezidiert auf das Engagement von Staaten wie China, Japan oder auch Südkorea und Indien.

Die Reform des Dodd-Frank Acts zur Bankenreform könnte auch Auswirkungen auf die Rohstoffökonomien und den Kampf für mehr Transparenz und gegen Korruption haben. Artikel 1504 hatte in den USA registrierte Firmen verpflichtet, Zahlungen an Regierungen für die kommerzielle Nutzung von Öl, Gas und Mineralien, offenzulegen. Im Ost-Kongo hatte dies zu einem Einbruch der Coltan-Produktion geführt, was zwar die Präsenz und das Wirken der Milizen nicht weiter beeinträchtigte, aber die Beschäftigungsmöglichkeiten der lokalen Bevölkerung reduzierte. Insbesondere für Initiativen wie EITI (Extractive Industries Transparencies Initiative) wäre die Reform der einschlägigen Artikel im Dodd-Frank Act ein Rückschlag im Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft. Eine Executive Order des Präsidenten ist bereits ergangen und es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die Reform des Dodd-Frank Act auch auf Afrika haben wird.

Sicherheit

Im Vergleich zu Vorgängerregierungen weist die bilaterale militärische Unterstützung afrikanischer Staaten einen robusteren Ansatz, inkl. Kampfeinsätze auf. Dies beinhaltet auch eine Neuausrichtung AFRICOMs und mehr Mittel. Eine Ende März ausgegebene und vom Pentagon ausgearbeitete Regierungsdirektive sieht direkte Militärschläge gegen Al-Shabaab Milizen durch vermehrte Luftangriffe wie auch eine verstärkte und aktivere Präsenz von Spezialeinheiten am Boden vor.

Auf afrikanischer Seite wird zunehmend deutlicher, dass man sich nicht nur mehr Handel mit den USA sondern vor allem auch Investitionen wünscht.

Teile Somalias wurden damit zur „Area of Active Hostility“ erklärt, wo es nicht mehr nur um reine Selbstverteidigung gehen wird. Amerikanische Truppen sollen im Kampf gegen Al-Shabaab nun somalische und AMISOM-Truppen unterstützen. Die Ausdehnung des Aktivitätsradius in Somalia verläuft parallel zum verstärkten militärischen Engagement in Jemen. Sollte Trump dem Wunsch von AFRICOM nachkommen, würden Luftangriffe wie auch der Einsatz von Bodentruppen demnächst direkt aus Stuttgart heraus befehligt werden und würden keiner vorherigen Autorisierung durch das Weiße Haus mehr bedürfen.

Reaktionszeiten könnten damit erheblich verkürzt werden. Mit diesem direkten Vorgehen gegen Milizen durch eigene Truppen wird sich die USA an einer neuen Frontlinie Somalia positionieren.

Der Besuch von Verteidigungsminister Jim Mattis im April in Djibouti, wo die USA mit Camp Lemonnier und einer Truppenpräsenz von 4000 Soldaten am Horn von Afrika einen der größten Militärstützpunkte unterhält, unterstrich den Fokus auf Terrorismusbekämpfung. Von Camp Lemonnier aus unterstützt die USA Operationen in Jemen wie auch in Somalia. Während Präsident Obama im Kampf gegen den Terrorismus Äthiopien noch als einen wichtigen Verbündeten betrachtete, wurde der große Nachbar Djiboutis in das Besuchsprogramm des neuen Verteidigungsministers hingegen nicht aufgenommen.

Die Reduzierung des finanziellen Engagements der USA in den Vereinten Nationen trifft vor allem die Friedenssicherungsmissionen auf dem afrikanischen Kontinent.

Die Reduzierung des finanziellen Engagements der USA in den Vereinten Nationen trifft vor allem die Friedenssicherungsmissionen auf dem afrikanischen Kontinent. Die USA finanzierten bisher 22 Prozent des allgemeinen VN-Etats und ca. 28 Prozent des Budgets für Friedenssicherungsmissionen. Afrikanische Truppensteller für VN-Missionen wie Tansania sehen das reduzierte finanzielle US-Engagement mit Besorgnis.

In die Sitzung der VN-Generalversammlung Ende Juni ging die amerikanische VN-Botschafterin Nikki Haley mit dem Ziel, den Etat der Friedensmissionen um US\$ 1 Mrd. auf unter US\$ 6 Mrd. zu kürzen. Dies konnte glücklicherweise verhindert werden und der Vorschlag der EU eines Etats von US\$7.3 Mrd. (zuvor US\$ 7.87 Mrd.) fand allgemeine Zustimmung.

Die Kürzung von US\$ 570 Mio. beim Budget für Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen führt dazu, dass VN-Missionen wie UNAMID in der Dafur-Region des Sudan ein um 30 Prozent gekürztes Budget erhalten. Dies bringt eine substantielle Reduzierung der Truppenpräsenz in einer noch immer volatilen Sicherheitslage mit sich.

Sicherlich wird ein reduzierter VN-Etat für Friedenssicherungsmaßnahmen den Druck erhöhen, die Notwendigkeit und Wirksamkeit diverser Missionen zu überprüfen und deren Abwicklung berechtigterweise auch einzuleiten. Dies geschah bereits in der Elfenbeinküste (ONUCI) und ist sowohl in Liberia wie auch in Haiti im Prozess. Die Kriterien hierfür müssen allerdings klar sein. Die Reduzierung des US-Anteils bei der Finanzierung von Friedensmissionen sollte durchaus auch als Möglichkeit verstanden werden, notwendige Reformen einzuleiten. Allerdings sollte hierbei darauf geachtet werden, dass Effizienz und Effektivität nicht nur eine Frage des Geldes sind, sondern auch eine Frage des adäquaten Mandates und der notwendigen personellen Ausstattung, Supervision, etc. Die amerikanische Idee, die lokale Akzeptanz von VN-Missionen als Faktor heranzuziehen, ist dabei nicht zweckdienlich. Zum einen weil das Mandat die in der Bevölkerung vorhandene Erwar-

tungshaltung nicht befriedigen kann, zum anderen weil sich Regierungen (wie z.B. die Regierung Kabila in der DR Kongo) durch eine starke VN-Präsenz unter direkter Beobachtung wähnen.

Auch die materielle Militärhilfe an afrikanische Staaten wird wahrscheinlich einer Revision durch die neue US-Regierung unterzogen werden. In der Diskussion ist eine Umwandlung der *military grants* zu Krediten. Für ein Land wie Kenia würde dies bedeuten, dass die geplanten Waffenlieferungen in Höhe von US\$ 430 Mio. nicht mehr als Grant erfolgen könnten (noch 2015 erhielt Kenia einen Grant in Höhe von US\$ 100 Mio.), sondern zukünftig über Kredite finanziert werden müssten.

Eine Regierung, die sich aus multilateralen Verpflichtungen zurückzieht und vor allem auf bilaterale Beziehungen setzt, wird voraussichtlich auch die allgemeine Unterstützung der Regionalorganisationen AU, ECOWAS, IGAD und SADC zurückfahren, bzw. sich nur noch auf jene Regionalorganisationen konzentrieren, die im Kampf gegen den Terrorismus eine relevante Rolle spielen. Das reduzierte Engagement in und für multilaterale Organisationen kann auch bei diesen (insbesondere bei Regionalorganisationen) zu Finanzierungsengpässen führen. Hier sollte genau geprüft werden, ob ein erweitertes deutsches Engagement Sinn macht, wie die Mitgliedsstaaten der Regionalorganisationen stärker in die Pflicht genommen werden können.

Entwicklungszusammenarbeit/Humanitäre Hilfe

Gerade im Bereich der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit wird das dominierende Paradigma „America first“ der Regierung Trump und deren Misstrauen gegenüber der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit besonders deutlich. Der im März vorgelegte Staatshaushalt für 2018 sah die komplette Eliminierung der Emergency Refugee and Migration Assistance (ERMA) des State Departments vor, eine Budgetlinie, die seit 1962 existiert und die eine bei humanitären Katastrophen notwendige schnelle Hilfe bislang unbürokratisch sicherstellte. Darüber hinaus existieren Überlegungen, das US Institute of Peace (Konfliktmediation) und die African Development Foundation (USADF), die Startkapital für afrikanische SMEs zur Verfügung stellt, zu schließen. Das Budget von USAID könnte um 1 Mrd. US\$ reduziert werden. Für Afrika könnte dies bedeuten, dass die heute US\$ 8 Mrd. Entwicklungshilfe auf US\$ 5.2 Mrd. schrumpfen werden.

Die Budgetkürzungen für das State Department in Höhe von 28 Prozent werden direkte Auswirkungen auf multilaterale Organisationen wie das World Food Programme haben, die gerade aktuell durch die Flüchtlingskrisen in Syrien und Irak sowie der Dürrekatastrophe am Horn von Afrika und Ostafrika mehr denn je finanziell gefordert sind. Was die Unterversorgung der syrischen Flüchtlingscamps bereits für Folgen für Europa hatte, ist noch präsent in der Erinnerung. Die Konsequenzen einer unzureichenden Versorgung in den Flüchtlingscamps in Ostafrika könnten ähnlich sein, bzw. die Staaten der Region weiter destabilisieren.

Da der Sektor Sicherheit oberste Priorität genießt, stehen auch Programme der Vorgängerregierungen wie PEPFAR (Kampf gegen Aids, Malaria und TB eingeführt unter George W. Bush) auf dem Prüfstand. PEPFAR und die von diesem Programm in ihrer Arbeit unterstützten Nichtregierungsorganisationen (NROs) geraten vor allem durch eine Wiedereinführung der sogenannten Mexico City Policy unter Druck. Ronald Reagan hatte 1984 die Finanzierung von Aktivitäten der Familienplanung inkl. der Abtreibung durch ausländische NROs verboten. Die unter Präsident Trump nun eingeführte politische Richtlinie „Protecting Life in Global Health Assistance“ betrifft ein Projektvolumen von ca US\$ 8.8 Mrd. (zuvor US\$ 600 Mio.). Dies betrifft vor

Im Bereich der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit wird das dominierende Paradigma „America first“ der Regierung Trump besonders deutlich.

allem Kliniken und Organisationen, die aufgrund ihrer Aktivitäten der Familienplanung ihre PEPFAR-Förderung verlieren werden. Hier dokumentiert sich deutlich der zunehmende Einfluss neo-evangelikaler Kreise auf republikanische Politik entgegen jeder *raison*. Denn sowohl im Kampf gegen HIV/Aids oder einer hohen Müttersterblichkeit, als auch im Kontext einer dringend notwendigen soliden Politik der Familienplanung angesichts der demographischen Entwicklungen des Kontinents, ist eine solche vordergründig Leben schützen wollende Politik desaströs. Die demographische Entwicklung des Kontinents steuert ohne konkrete Familienplanungs- und Gesundheitspolitik auf eine Katastrophe zu. Hier gilt es zukünftig, den Ausfall der US-Unterstützung zu kompensieren und gute Projekte weiter zu fördern, bzw. den Beitrag an multilaterale Organisationen zu erhöhen.

Power Africa, Obama's Leuchtturmprojekt für Afrika, könnte allerdings das Wohlwollen Trumps finden, da es auch kommerzielle Vorteile für Amerika bringt. Power Africa ist als Infrastrukturprojekt langfristig ausgelegt und erfordert kontinuierliche Unterstützung. Die nachhaltige Energieversorgung stellt allerdings eine der wesentlichen Vorbedingungen für wirtschaftliches Wachstum dar. Inwieweit sich die USA weiterhin in diesem Bereich engagieren werden, bleibt aufgrund der aktuellen abwartenden Haltung der Administration fraglich.

Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten steht nicht prioritär auf der Agenda der neuen Regierung und es ist davon auszugehen, dass diese Themen nachrangig zu Fragen des nationalen Interesses behandelt werden. Die Mitgliedschaft im UN Human Rights Council wurde bereits an Reformen geknüpft. Auch die pro-palästinensische Haltung des UN Human Rights Council wird die Kluft mit der uneingeschränkt pro-israelischen Trump Administration vertiefen. Mit der Ernennung des ehemaligen US-Botschafters in Tansania und vormaligen IRI-Direktors, Mark Green, zum neuen Chef von USAid, besteht zwar die Hoffnung, dass sowohl Afrika als auch die Demokratieförderung nicht ganz von der Agenda rutschen werden. Allerdings wird auch er die absehbaren Budgetkürzungen auf diverse Bereiche verteilen müssen.

Der geringere Stellenwert der Demokratieförderung wird sich auch negativ auf den Umgang mit Autokraten.

Der geringere Stellenwert der Demokratieförderung wird sich auch auf den Umgang mit Autokraten, so zum Beispiel mit der Regierung Kabila in der DR Kongo negativ auswirken. Die Obama-Administration hatte noch Sanktionen gegen kongolesische Regierungsvertreter verhängt. Solche Positionen sind zukünftig nicht mehr zu erwarten.

Auf diplomatischer Ebene werden vor allem die Themen Kuba und der Israel-Palästina Konflikt einen Keil zwischen die neue US-Regierung und afrikanische Staaten treiben. Die AU und ihre Mitgliedsstaaten haben eine dezidierte Haltung zur Zwei-Staaten-Lösung im Israel-Palästina Konflikt. Auch Kuba war für viele afrikanische Befreiungsbewegungen ein wichtiger Unterstützer und die Vorsitzende der AU Kommission lobte ausdrücklich während des Besuches von Präsident Obama die Normalisierung der USA-Kuba-Beziehungen.

Neben dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erleidet auch das US-Engagement im Kampf gegen den Klimawandel einen herben Rückschlag unter der Regierung Trump. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und die Einstellung der US-Beiträge zum Green Climate Fund und Climate Investment Fund haben gerade für jene afrikanischen Länder, die auf Mittel aus diesen Fonds für Anpassungsprogramme angewiesen sind, erhebliche Auswirkungen, die nun nur noch durch die Anstrengungen anderer Staaten und eine verstärkte internationale Solidarität in diesem Bereich kompensiert werden können.

Wahrnehmungen Trumps in Afrika

Die Wahrnehmungen und Meinungen zur neuen US-Regierung unterscheiden sich deutlich auf dem afrikanischen Kontinent. In Westafrika sind es vor allem die anglophonen Länder Ghana, Nigeria, Sierra Leone und Liberia, die den Blick gen USA richten. Gerade Nigeria wird im Kampf gegen Boko Haram verstärkt mit amerikanischer Hilfe rechnen können. Allerdings sieht die nigerianische Regierung vor allem die Visa-Politik Trumps kritisch. In Ostafrika wird wenig Kritik an Trump und dessen Politikprofil geäußert. Man sieht in ihm vielmehr den westlichen Counterpart zum „African Big Man“. Die Vorstellung, eine Frau als Staatspräsidenten zu haben, war beispielsweise für viele Kenianer wenig nachvollziehbar. Die Einreisepolitik der neuen Regierung macht auch die Kenianer nervös, da man befürchtet, illegal in den USA lebende Kenianer könnten ausgewiesen werden. Damit könnten die Remittances dieses Teils der Diaspora wegfallen. In Uganda bestehen vor allem Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftige US-Militärhilfe, da sich die Unterstützung nur noch auf den Kampf gegen Al-Shabaab konzentrieren soll. Hilfe im Kampf gegen die Überreste der LRA wird es zukünftig nicht mehr von Seiten AFRICOMs geben (die Kosten für AFRICOM im Kampf gegen LRA beliefen sich auf US\$ 100 Mio. p.a.).

Wie eine globale Umfrage des Pew Research Survey aufzeigte, scheint aber das Vertrauen der Afrikaner in die Fähigkeiten des US-Präsidenten, die richtigen Akzente in der Weltpolitik zu setzen („How much confidence do you have in US President Donald Trump to do the right thing regarding world affairs?“), trotz einer nicht vorhandenen Strategie für die Beziehungen mit Afrika, vorhanden zu sein. 58 Prozent der befragten Nigerianer drückten ihr Vertrauen aus, und in den befragten fünf bevölkerungsreichsten Staaten Afrikas waren es im Durchschnitt 50 Prozent (Durchschnitt weltweit lag bei 22 Prozent).

Dieses Vertrauen sollte die US-Regierung nicht verspielen sondern nutzen. Noch ist Afrika auf der politischen Agenda der Trump-Administration ein weißer Fleck, und anstatt reaktiv auf Krisen zu reagieren, sollte pro-aktiv Entwicklung gestaltet und das wirtschaftliche Engagement verstärkt werden.

1| *Donald Trump, Februar 2016.*

2| *James Mattis, Secretary of Defence, Shangri-la Security Summit, 1. Juni 2017, Singapore.*

3| *aus dem Fragenkatalog des Trump Transition Team an das State Department, New York Times, 13.01.2017.*

Das Autorenteam aus der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ) der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Thomas Birringer, Teamleiter Naher Osten/MENA
Rabea Brauer, Teamleiterin Asien/Pazifik
Dr. Lars Hänsel, Teamleiter Europa/Nordamerika
Andrea Ostheimer, Teamleiterin Subsahara-Afrika
Frank Priess, Stv. Hauptabteilungsleiter
Markus Rosenberger, Teamleiter Lateinamerika

Lektorat und Bearbeitung

Martina Kaiser, Team Politikdialog und Analyse

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner:

Paul Linnarz

Leiter Team Politikdialog und Analyse

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

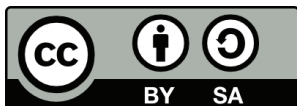
Telefon: +49(0)30/26996-3512

E-Mail: paul.linnarz@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

978-3-95721-352-5

www.kas.de



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© picture alliance / AP Photo